

Die österreichische
Parteienlandschaft
und die Herausforderung
für die ÖVP

Wo sind sie geblieben, die Döblinger Regimenter?

Herbert Vytiska

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) ist in Wien an einem historischen Tiefpunkt angelangt. Die Situation erinnert an einen Hausbau. Wenn ein Eckpfeiler zerbröselt, kommen die ganzen Grundfesten ins Wanken.

Döbling, so heißt der neunzehnte Bezirk in Wien. Eine sogenannte vornehme Wohngegend. „Döblinger Regimenter“ nennt man jenen (fiktiven) Teil der Wiener Wählerschaft, der sich als Bürgertum versteht. Genau genommen, ist der Begriff eine Chiffre für eine Wählergruppe mit einem Hang zum Besserwissertum, zur Überheblichkeit und Selbstgefälligkeit. Die Protagonisten erinnern an die beiden Figuren aus der Muppet-Show, die sich nicht am Geschehen beteiligen, sondern dieses nur aus der Loge beobachten und kommentieren. Diese Döblinger Regimenter hatten an der Politik der Volkspartei oft etwas auszusetzen, gehörten aber doch irgendwie zum Stammwählerkreis. Nach den letzten Wahlen in der österreichischen Bundeshauptstadt stellen sich freilich viele politische Beobachter die Frage, wo sind sie geblieben, die Döblinger Regimenter? Sie haben sich „verdünnisiert“.

In Wien zur Kleinpartei geschrumpft

Innerhalb von nicht einmal fünfundzwanzig Jahren hat die Volkspartei in Wien zwei Drittel (!) ihres Wählerpotenzials verloren, schrumpfte von einer Mittel- zu einer Kleinpartei. 1983 votierten noch 34,8 Prozent der Wiener/-innen für die ÖVP – und schon damals galt

die Stadtpartei als eine der schwächsten schwarzen Landesorganisationen. Im Herbst 2010 wurde die ÖVP in der Bundeshauptstadt auf den Bodensatz reduziert und landete bei mickrigen 13,9 Prozent.

Wien ist anders, lautet ein Werbespruch. Und tatsächlich, Wien ist anders – geworden. Politisch durch die erstmalige Bildung einer rot-grünen Stadtregierung. Gesellschaftlich schon seit Längerem durch die Umgestaltung von einer Stadt mit ausgeprägtem Arbeiterprofil (wovon denkmalgeschützte Gemeindewohnungen – Stichwort „Karl-Marx-Hof“ – aus den 1920er- und 1930er-Jahren zeugen) zu einer Stadt mit sinkendem Industrianteil und wachsender Dienstleistungsstruktur, mit einem hohen Anteil an Angestellten, Beamten, Freiberuflern, Bildungsbürgern im weitesten Sinn.

Daneben gibt es noch eine Migrantengesellschaft, und die macht in Wien, schon immer ein Schmelztiegel verschiedener Nationen, über fünfundzwanzig Prozent der Bevölkerung aus. Bei den Migranten überwiegt der Anteil einfacher Arbeiter, minder gebildeter Männer und Frauen.

Diese Migrantengruppe ist aber in sich nicht geschlossen, sondern besteht vor allem aus Serben (die derzeit noch das größte Kontingent bilden und grundsätzlich integrationswillig sind), aus Türken (die vor allem in der ersten und zweiten Generation integrationsresistent sind) sowie aus Zuwanderern anderer Balkanländer wie etwa des Kosovo.

Zwischen der (wenn man so will) Stammbevölkerung und den Migranten haben sich Reibungsflächen gebildet. Während die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und die ÖVP diesem Phänomen eher ratlos gegenüberstanden, nützte die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) diese spannungsgeladene Situation zum Zündeln, gerierte sich mit Slogans wie „Mehr Mut für unser Wiener Blut – zu viel Fremdes tut niemandem gut“ als ein „Ventil der Unappetitlichkeit“.

Populisten auf Augenhöhe

Trotz sinkenden Arbeiteranteils und wachsenden Mittelstandes befindet sich die Wiener Volkspartei seit über zwei Jahrzehnten auf Talfahrt mit gelegentlichen kleinen Verschnaufpausen (so bei der EU-Wahl 2009, als ihr ein eher ungewollter Vorzugsstimmenwahlkampf zu einem echten Wahlerfolg verhalf). Auch bei der SPÖ, die seit 1945 die Stadt ohne Unterbrechung regiert und noch in den 1970er-Jahren sechzig Prozent der Stimmen erreichte, geht der Trend mit ein, zwei Ausnahmen abwärts. Diesmal landete man bei etwas weniger als fünf- und vierzig Prozent und verlor damit die absolute Mehrheit.

Parallel zum Abstieg von Rot und Schwarz begann für die (mit der FDP in Deutschland nicht vergleichbare) FPÖ ein fast steter Aufstieg. Solange sie primär rechtsnationale Kreise ansprach, pendelte sie zwischen fünf und sieben Prozent.

Erst als sie begann, dem Volk nach dem Mund zu reden, setzte sie zu einem Höhenflug an, zog zunächst 1987 bürgerliche Wähler an und von der ÖVP ab, drang ab 1991 tief in SPÖ-Wählerschichten ein. Damit konnten sich die Freiheitlichen letztlich als zweite Kraft in der Bundesstadt etablieren und auf Bundesebene fast auf Augenhöhe an SPÖ und ÖVP heranrücken.

Die Ursachen für diesen politischen Trend sind vielfältig. Was Volksparteien betrifft, so sind offenbar viele der politisch handelnden Personen vom Wandel in der Gesellschaft überrollt worden.

Verlust von Positionen und Konturen

Sie stehen oft sprachlos neuen Herausforderungen gegenüber, wollen vermeintlichen ideologischen Ballast abwerfen und dem Zeitgeist nachlaufen, genieren sich fast schon, (alte) weltanschauliche Positionen zu beziehen, suchen Angebote für Zielgruppen, die sie aber oft nicht erreichen.

Unbestreitbar ist auch eine gewisse Konturenlosigkeit bei den politischen Ansagen, die einem besonders auffällt, wenn man versucht, die zentralen Botschaften im Wahlkampf zu rekonstruieren. Dieser Versuch muss erfolglos bleiben. Denn es gab keine zentralen Botschaften. Ohne Zweifel ist Wien im Vergleich zu anderen Großstädten eine Stadt mit hoher Lebensqualität, einer sehr guten, wenn auch sehr teuren Stadtverwaltung, allerdings regiert von einer Bürgermeisterpartei, deren Allmacht über die Stadt nicht mehr zu übersehen ist.

Die SPÖ, mutiert von einer marxistischen Kaderpartei zu einer in die Mitte gerückten linken Volkspartei, setzte dementsprechend ihren Wahlkampfschwerpunkt auf die Person des Bürgermeisters Michael Häupl, einer Art „Mundl“ (Name einer populären Wiener TV-Figur) mit akademischer Bildung.

Die FPÖ führte mit dem Jörg-Haider-Epigenen Heinz-Christian Strache einen schlagwortartigen Double-Issue-Wahlkampf, fokussiert auf die öffentliche Sicherheit und die Ausländerfrage. Damit sprach sie die Sorgen der einheimischen Arbeiterschaft an, die fürchtet, dass ihr die Arbeitsplätze von besser ausgebildeten und billigeren Migranten streitig gemacht werden. Und sie punktete auch bei der älteren Generation sowie jener

Bürgerschicht, die jeden Wohnungseinbruch, jeden Handtaschenraub nur auf den überhandnehmenden Ausländeranteil zurückführt.

Fehlende Strategien

Die ÖVP tat angesichts des sich schon lange abzeichnenden Zweikampfs zwischen Häupl und Strache zunächst einen richtigen Schritt, nominierte mit Christine Marek eine Frau als Spitzenkandidatin. Nur vergaß man in weiterer Folge, sie als ein zu diesem Zeitpunkt „weithin unbekanntes Wesen“ bekannt zu machen und mit ihr politische Inhalte zu transportieren. Man starre nur gebannt auf jenes Duell, das man eigentlich verhindern wollte. Und gab sich der Hoffnung hin, dass die SPÖ zwar die Mehrheit verlieren, gleichzeitig aber – wie auf Bundesebene – die ÖVP ins Regierungsboot holen werde. Dies erwies sich schließlich als fatale Fehleinschätzung.

Die Grünen wären beinahe nicht der Rede wert gewesen, spielten sie doch zuletzt in Wien nur eine Randrolle, boten ein zerstrittenes Bild, hin- und hergerissen zwischen einer umweltverträumten Wählerschaft und einem linksideologisierten Funktionärskader, wären sie nicht plötzlich zu einem billigen Steigbügelhalter für die Verlängerung der SPÖ-Herrschaft geworden.

Klare Aussagen und unkonventionelle Visionen

Bei einer Analyse der österreichischen politischen Landschaft kommt man nicht umhin zu konstatieren, dass im Sommer 2010 – noch ehe der Wahlkampf um Wien begann – die Bundes-ÖVP von einem Stimmungstief erfasst wurde. Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll hatte das Land gut durch die

Finanzkrise gesteuert und die ÖVP nach der Wahlniederlage von 2008 wieder aufgerichtet. Als es nun darum ging, der Bevölkerung klarzumachen, dass die erfolgreiche Krisenbewältigung nach einem rigiden Sparkurs verlangt, stolperte man fast orientierungslos von einer Ankündigung zum nächsten Dementi. Anstatt klar zu sagen, wofür die Volkspartei steht, begann man herumzulavieren, anstatt dem Koalitionspartner SPÖ zu zeigen, wo es langgeht, ließ man zu allem eigenen Überdruss den Bundeskanzler in die Rolle eines Moderators schlüpfen.

Das hinterließ Spuren in Wien. Hier ist die Volkspartei nicht nur entmutigt, sondern vor allem im Gegensatz zu Ländern wie in Nieder- und Oberösterreich auch noch eine überalterte Partei, der die Auffrischung fehlt, der es an Kraft zu einem Neuanfang, an attraktiven, ja auch unkonventionellen Visionen mangelt.

So gesehen, hat ein Spitzenmandatar wohl recht, wenn er, gerichtet an die Adresse des Bundesparteiobmannes, meinte: „Josef, du musst eine Task Force einsetzen, willst du dir nicht den Bundeskanzler abschminken.“

Denn fast jeder vierte österreichische Wähler ist in Wien zu Hause. Wenn – und das sagen die Politikforscher – die ÖVP daher in Wien nicht wieder an die dreißig Prozent, die sie noch vor zwei Jahrzehnten hatte, herankommt, dann kann sie in den anderen Bundesländern gar nicht so viel gewinnen, um gesamtösterreichisch die relative Mehrheit zu erzielen. Österreich stehen fast drei wahlfreie Jahre bevor. Bis 2013 hat die ÖVP Zeit, Wien personell neu aufzustellen, sich inhaltlich neu und unverwechselbar zu positionieren. Wien wird damit für die ÖVP zum Kampfplatz, auf dem sich die Zukunft der ÖVP entscheidet.